



**HÄNDE WEG VOM WEIHNACHTSGELD!**

## **Wer nicht kämpft, hat schon verloren! – AUFRUF zur Demonstration**

**Hände weg vom Weihnachtsgeld!  
Sofortige und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten!**

5. 5. 2011 um 16.30 Uhr,  
Hachmannplatz/  
vor Hauptbahnhof Nord

Aufzug über die Kirchenallee – Steintordamm – Steintorwall – Mönckebergstraße – Bergstraße – Reesendamm – Schleusenbrücke/Rathausmarkt!

Nach der GdP-Petition an die Hamburger Bürgerschaft versammeln wir uns zusammen mit anderen Gewerkschaften auf dem Hachmannplatz. Eine schottische Band wird uns dabei unterstützen, dass Herr Mc Scholz endlich die Taschen für uns öffnet!



**Dieser Aufruf richtet sich an alle Kolleginnen und Kollegen aller Dienstgrade.** Lamentieren allein zählt nicht. Wir müssen und werden kämpfen, sonst nehmen sie uns UNSER Geld weg! Am 30. 4. und am 1. 5. 2011 werden wir wieder den Kopf hingehalten haben! Deshalb: Keine Gehaltskürzung – gerecht geht anders!

Wehrt euch – und kommt zur Demonstration!

*Der Landesbezirksvorstand*

### **POLITIK**

## **Der neue Innensenator im Gespräch mit der GdP Hamburg**

**Am 11. 4. 2011 besuchte der neue Innensenator Michael Neumann die Geschäftsstelle der GdP. Hier wurden in einem offen geführten zweistündigen Gespräch die Themen diskutiert, die die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg bewegen.**



Die Weiterzahlung des Weihnachtsgeldes, die Freie Heilfürsorge für alle, Fragen um die Hochschule der Polizei, Beförderungsaussichten sowie die Umsetzung des Berufsbildes für die AiP waren Schwerpunkte der Diskussion.

Michael Neumann führte aus, dass auch er die Abschaffung der Freien Heilfürsorge für falsch halte – er werde sich für die Wiedereinführung stark machen.

Darüber hinaus machte der Senator deutlich, dass noch nicht entschieden sei, wie das Weihnachtsgeld erhalten werden könne. Er habe den Aufruf der GdP zur Demonstration am 5. 5. 2011 zur Kenntnis genommen und begrüße das gewerkschaftliche Engagement ausdrücklich. Der Senator betonte, dass vieles auf dem



**Innensenator Neumann**

Prüfstand stehe. Darunter befänden sich auch die Pferdestaffel und andere kostenträchtige Bereiche.

*Der Landesbezirksvorstand*



# GdP richtet Petition an die Hamburger Bürgerschaft

**Die GdP Hamburg hat eine Petition an die Hamburger Bürgerschaft gerichtet und fordert darin alle demokratischen Parteien auf, sich für den Erhalt des Weihnachtsgeldes/Sonderzahlungen für die Beamtinnen und Beamten einzusetzen.**

**Wir wollen wissen, woran wir sind!**

Während wir die inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten fordern, würde der Wegfall bzw. die Kürzung des Weihnachtsgeldes eine Gehaltskürzung um ca. 5% bedeuten! Das lassen wir uns nicht gefallen!

Die Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien rechnen mit diesem Geld –

Kürzung oder Streichung sind Lohndiebstahl!

Der Finanzbehörde wurden bereits 4000 Protestunterschriften der Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg überreicht.

Die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei und Feuerwehr liefern gute Arbeit für die Sicherheit dieser Stadt ab. Zum Dank wird auch noch das Gehalt gekürzt? Das wäre dann doch wohl der schäbigste Umgang, den man sich vorstellen kann.

Kolleginnen und Kollegen!

Die GdP wird nicht lockerlassen und um unser Weihnachtsgeld kämpfen. Dieser neue Senat sollte sich gut überlegen, ob er es sich mit seinen Beamtinnen und Beamten verderben will. Die Petition kann von euch gewerkschaftsübergreifend unterstützt werden, wenn der Eingabeausschuss den Eingang bestätigt hat. Wir werden hierüber berichten.

*Der Landesbezirksvorstand*

## AUSWAHLVERFAHREN

# Anforderungsprofile in Beförderungsauswahlverfahren

**Bei der Beförderungsauswahl werden zu besetzende Stellen häufig ausgeschrieben. Im Rahmen dieser Ausschreibung darf der Dienstherr ein sogenanntes Anforderungsprofil erstellen, an welches er sodann aber während der Auswahlverfahren gebunden ist.**

Ein unterlegener Bewerber kann gerichtlich überprüfen lassen, ob er durch die Auswahlentscheidung in seinem Recht auf fehlerfreie Auswahl verletzt worden ist. Diese Möglichkeit besteht insbesondere dann, wenn die Auswahlentscheidung auf einem fehlerhaften Anforderungsprofil der ausgeschriebenen Stelle beruht. Der klassische Fall in diesem Zusammenhang ist, wenn ein besser beurteilter Bewerber aufgrund Nichterfüllung eines Kriteriums aus dem Anforderungsprofil überhaupt gar nicht erst in die Auswahlentscheidung einbezogen wird und ggf. ein schwächer beurteilter Bewerber den Zuschlag für die Stelle erhält. Sodann wird zu überprüfen sein, ob Fehler in dem Anforderungsprofil enthalten sind, die grundsätzlich zu einer Fehlerhaftigkeit des Auswahlverfahrens führen, welches zwingend wiederholt werden muss. Durch die Be-

stimmung des Anforderungsprofils legt der Dienstherr die Kriterien für die Auswahl der Bewerber fest, an ihnen werden die Eigenschaften und Fähigkeiten der Bewerber um den Dienstposten gemessen. Dabei wird zwischen konstitutiven Merkmalen und lediglich beschreibenden Merkmalen unterschieden. Als konstitutiv werden dabei Merkmale bezeichnet, die zwingend vorgegeben und anhand objektiv überprüfbarer Kriterien, also insbesondere ohne gebotene Rücksichtnahme auf Wertungsspielräume des Dienstherrn, als tatsächlich gegeben letztlich eindeutig und unschwer festzustellen sind. Beschreibende Merkmale sind nicht zwingend vorgegeben und sind von ihrer Art nicht objektiv überprüfbar. Also um Merkmale, die sich erst anhand eines persönlichkeitsbedingten, das betreffende Element des Eignungs- und Befähigungsprofils näher in den Blick nehmenden Werturteils erschließen. Ein abgelehnter Bewerber sollte sich mit einem Widerspruch gegen die Ablehnung seiner Bewerbung zur Wehr setzen und müsste für die Freihaltung der Stelle ein verwaltungsgerichtliches Eilverfahren anstrengen.

**Rechtsanwalt Jan-Ontjes Gülden-zoph  
Rechtsanwälte Arp – Gülden-zoph –  
Meeder**

[www.agm-rechtsanwaelt.de](http://www.agm-rechtsanwaelt.de)



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

**Geschäftsstelle:**  
Hindenburgstraße 49  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0  
Telefax (0 40) 28 08 96 - 18  
E-Mail: [gdp-hamburg@gdp-online.de](mailto:gdp-hamburg@gdp-online.de)  
[www.gdp-hamburg.de](http://www.gdp-hamburg.de)

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr  
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr  
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

**Redaktion:**  
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)  
Tresckowstraße 31  
20259 Hamburg  
Telefon (0 40) 40 60 30  
E-Mail: [joernclassen@web.de](mailto:joernclassen@web.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

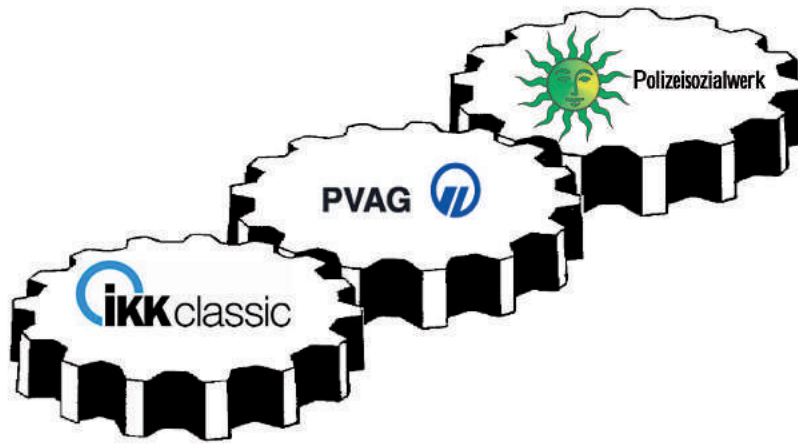




# Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH  
Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

## DREI STARKE PARTNER- EIN ZIEL.



Wir, das Polizeisozialwerk Hamburg, haben uns für die Kooperation mit einer leistungsstarken gesetzlichen Krankenkasse entschieden – wir sind Partner der IKK classic.

Die Extra-Leistungen der IKK classic liegen auf der Hand – wir möchten diese Vorteile gern an Sie weitergeben:

- ✓ kein Zusatzbeitrag
- ✓ das Gesundheitskonto von je 150,-€ für jedes Mitglied und die einzelnen mitversicherten Angehörigen
- ✓ Wahltarife mit hoher Rückzahlung
- ✓ das Bonusprogramm mit schneller Barauszahlung
- ✓ ISIfair – maßgeschneiderte Zusatzversicherungen mit hoher Absicherung zum kleinen Preis - kostenlos für Kinder unter 18 Jahren bei vollem Versicherungsschutz –

*Unser Ansprechpartner für Sie:*

Matthias Dieter Pape  
[matthias.pape@vodafone.de](mailto:matthias.pape@vodafone.de)  
Telefon 040 / 732 13 07  
Mobil 0172 / 401 84 82

**! Bitte informieren Sie sich jetzt !**



VERANSTALTUNG

## Mitmachen und anmelden bei der 8. GdP-Fahrradrallye

**In den letzten Jahren war das Interesse an unseren Fahrradrallyes immer sehr groß, sodass wir in diesem Frühjahr die ausgefallene Familienrallye vom September wieder anbieten.**

Sie findet am Sonntag, dem

**29. Mai 2011, um 10.00 Uhr**

statt.

Start ist an der GdP-Geschäftsstelle für „Groß“ und „Klein“ und das Ziel ist wieder auf dem Gelände des Polizeipräsidiums.

Es kommt nicht auf die Schnelligkeit an, sondern auf das Lösen der gestellten Aufgaben im Team!

Für das leibliche Wohl wird während der Fahrradrallye selbstverständlich gesorgt.

Es besteht auch diesmal wieder die Möglichkeit, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen, da an diesem



Tag (ganztägig) Fahrräder in Bussen und Bahnen mitgenommen werden können.

Aus organisatorischen Gründen erheben wir wieder eine Startgebühr von 5,- €.

Im Anschluss an die Fahrt durch schöne Hamburger Stadtteile findet wieder ein gemütlicher Ausklang mit leckerem Grillfleisch und Getränken sowie einer Siegerehrung statt.

Anmeldungen nehmen unsere Kolleginnen der GdP-Geschäftsstelle unter der Tel.-Nr. 0 40/28 08 96-17 oder per Fax 0 40/28 08 96-18 entgegen.

*Peter Leiste*

JUBILÄUM

## Karin Hopp: 40 Jahre für unsere GdP!

**Seit 40 Jahren ist unsere Kollegin Karin Hopp bei der GdP beschäftigt und hat so einiges in den vielen Jahren erlebt. Dieses war Anlass genug, am 1. April 2011 das 40-jährige Dienstjubiläum angemessen zu feiern und zu würdigen.**



**Karin Hopp und ihre GdP**

Während der 40-jährigen Dienstzeit bei der GdP hat Karin viele Landesvorsitzende wie Kurt Hopp, Manfred Bienert, Dieter Schöneck, Lothar Bergmann, Konrad Freiberg, André Bunkowsky und jetzt Uwe Kossel sowie die Geschäftsführer Wolfgang Pallaske, Erhard Pumm, Dieter Schöneck, Jürgen Lamp, Jan Gülden-zoph, Markus Altenhöner und heute Adrian von Mischke-Colande kennen- und schätzengelernt und natürlich die vielen Mitglieder, die täglich bei ihr anriefen oder auch schnell vorbeikamen um gewerkschaftliche Dinge zu erledigen. Ein absoluter Höhepunkt jedes Mitarbeiters und jeder Mitarbeiterin ist

ein Umzug in einer Firma. „Darin war die GdP großzügig, Umzüge am laufenden Band!“, so Uwe Kossel in seiner Rede weiter. „Ich danke dir, liebe Karin, im Namen aller, für alles was du in den letzten 40 Jahren für uns geleistet hast. Wenn du dich in der Mitte des Jahres in dein Privatleben zurückziehst, wirst du uns fehlen!“

Wir alle können uns nur den Worten unseres Landesvorsitzenden Uwe Kossel anschließen und sagen „Danke, liebe Karin!“ *Der Landesbezirksvorstand*

VERANSTALTUNG

## Reife Leistung!

**Am 31. 3. 2011 fand in der Alsterdorfer Sporthalle der GdP-Ü-35-Cup statt. Die teilnehmenden Mannschaften kamen aus dem gesamten Bereich der Polizei Hamburg. Gespielt wurde in zwei Gruppen à sechs Mannschaften, anschl. das Halbfinale, Spiel um den dritten Platz und zum Abschluss das Finale.**

Anschließend, nach fast vier Stunden, wurde in spannenden Spielen der Ü-35-

Cupsieger ermittelt. Nach einem intensiven Finale setzte sich die Mannschaft der ZD 522 gegen das LKA 24 mit 1:0 nach Siebenmeterschießen durch.

Mein Dank geht an alle Helfer, die dazu beigetragen haben, dass dieses schöne Turnier stattfinden konnte. Dazu gehören die Schiedsrichter, die Sanitäter und das Orga-Team der GdP, Manfred Blöcker und Norbert Soltau und auch die PVAG.

*Jörg Kagens,  
Landesfachbereich Schutzpolizei*



**Die erfolgreichen Teams des Ü-35-Cups.**



# „One Face to the Customer“ – Die Aufgaben der Wasserschutzpolizei in der aktuellen politischen Diskussion

**Am 15. März 2011 kamen GdP-Vertreter der Küstenländer zusammen, um über die gegenwärtige Situation der Wasserschutzpolizeien zu diskutieren. Dabei wurden neben landesspezifischen Besonderheiten aber auch zahlreiche Gemeinsamkeiten festgestellt. In einem föderalen System wie in der Bundesrepublik Deutschland kann eine Wasserschutzpolizei nicht für sich allein betrachtet werden. Sie ist gerade in Zeiten knapper Kassen in ein gesellschaftliches Gefüge eingebunden, aus dem sie nicht einfach herausgedacht werden kann, ohne dass es dem „Nachbarn“ schadet. Dabei wird nicht selten auf bundeseigene Kräfte verwiesen, die ein Sparvolumen ersetzen sollen. Vor diesem und weiteren Hintergründen wurde ein Positionspapier formuliert, aus dem Teilaspekte (tlw. auch in Auszügen) dargestellt werden:**

Einen wesentlichen Baustein im Sinne eines abgestuften, nationalen Sicherheitssystems erbringen die Wasserschutzpolizeien der Küstenländer im Rahmen ihrer schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben, die ihnen per Gesetz übertragen wurden.

Diese sind im Wesentlichen: (hier einmal stark verkürzt)

1. Gefahren für den Schiffsverkehr zu ermitteln bzw. bei Bestehen zu beseitigen
  2. Überwachung des Schiffsverkehrs hinsichtlich Verhalten, Besetzung, Ausrüstung und Kennzeichnung
  3. Überprüfung der Schiffspapiere und Befähigungsnachweise
- Schiffahrtspolizeiliche Vollzugsaufgaben [4] sind auch:

- a. die von der Schifffahrt ausgehenden Gefahren einschließlich solcher für das Wasser zu ermitteln,
- b. die Einhaltung der Beförderung gefährlicher Güter, der Sicherheit der Schiffe, der Sicherheit und Gesundheit

der Besatzung, der Beratung durch Seelotsen sowie der dem Umweltschutz im Bereich der Schifffahrt dienenden Vorschriften, Verfügungen, Bedingungen und Auflagen zu überwachen,

c. in Rechtsvorschriften vorgeschriebene Sicherheitszeugnisse, Erlaubnisse, Genehmigungen, Bescheinigungen, Tagebücher und sonstige Nachweise zu prüfen,

d. Schiffsunfälle zu melden und Ermittlungen für ihre Untersuchung zu führen;

Damit erreichen die Wasserschutzpolizeien eine qualifizierte Verdachtserschöpfung und mit den weiteren Ermittlungen eine Kontrollquantität [5], die die BG Verkehr aufgrund der begrenzten Personalressourcen nicht zu leisten vermag. Diese wiederum kontrolliert in einem wesentlich tieferen Detaillierungsgrad, so dass sich in der Summe ein höchst effektives System ergibt.

In Hamburg immer wieder gern genannt wird die Aufgabe der Grenzkontrolle. Unsere Bremer Nachbarn führen uns gerade vor, wie effizient hier und heute gespart wird:

Bremen spart mit der Abgabe der Grenzkontrolle ca. 17 Beamte ein; dazu Boote und Dienststellen. Die Bundespolizei formuliert für die Übernahme einen Personalbedarf von ca. 70 Beamten mit dazugehörigen Booten, Landfahrzeugen und zwei Dienststellen. Diese Einsparungen müssen einem steuerzahlenden Bürger erst einmal deutlichgemacht werden.

## Maritime Security, Maritime Safety und Zentrale Maritime Notfallvorsorge und Notfallmanagement

Wir unterscheiden weitere Aufgaben: **Maritime Security** als Oberbegriff für alle internationalen und nationalen Regelungen zur Erhöhung der Gefahrenabwehr von terroristischen Angriffen auf Schiffe und Häfen, und **Maritime Safety** als Oberbegriff für alle internationalen und nationalen Regelungen, die der betrieblichen und technischen Schiffssi-

cherheit dienen, einschließlich solcher für Ladung, maritimen Umweltschutz und der Besatzung sowie deren Überwachung (hier bestehen starke Bezüge zu anderen originär zuständigen Behörden, für die die Wasserschutzpolizeien zunächst tätig werden), sowie **Zentrale Maritime Notfallvorsorge und Notfallmanagement**, die als Aufbauorganisationen, wie z. B. dem Maritimen Lagezentrum (MLZ) in Cuxhaven, ständig zur Verfügung stehen.

Allgemeinpolizeiliche Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr sind ureigenste Aufgaben der Länderpolizeien und stehen unter der verfassungsmäßig zugewiesenen Verwaltungskompetenz der Länder. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt als föderaler Bundesstaat gemäß Artikel 20 GG über kein bundes-unmittelbares Staatsgebiet. Insofern setzt sich sein Staatsgebiet, das auf See bis zur seewärtigen Grenze des Küstenmeeres reicht, aus den Gebieten der anliegenden Bundesländer zusammen.

Das Grundgesetz formuliert in den Artikeln 30 und 83 den Grundsatz der generellen Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder bei der Ausführung von Gesetzen (einschließlich der Bundesgesetze). Ausnahmen sind nur dort möglich, wo im GG ausdrücklich eine Verwaltungskompetenz des Bundes vorgesehen wird. Die Polizeihochheit der Länder ist nicht nur Teil des staatlichen Machtmonopols, sondern auch Ausdruck der horizontalen Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern. Eine Aufgabe dieser Gewaltenteilung wird auch hinsichtlich Artikel 20 GG in Verbindung mit Artikel 79 (3) GG (Ewigkeitsklausel) zu diskutieren sein.

Hieraus folgt für die Länder, dass ein großer Teil der Verwaltungsaufgaben auf See, wie z. B. die allgemeinen Polizeiaufgaben verfassungsrechtlich nicht an den Bund übertragbar sind. [1]

Für die Gefahrenabwehr in den Häfen sind die Länder zuständig. Diese haben für die Wahrnehmung ihrer administrativen Aufgaben Genehmigungsbehörden (Designated Authority – DA) eingerichtet.

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Gemäß Seeaufgabengesetz (See-AufgG) ist z. B. das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) für die Durchführung der Kontrolltätigkeit zur Gefahrenabwehr an Bord von Schiffen zuständig. Aus Effizienzgründen wurde auf Aufbau eines eigenen Kontrollstabes verzichtet. Wegen der größeren Nähe zur Gefahrenabwehr und mit dem Ziel der Minimierung der Belastung durch Kontrolltätigkeiten an Bord werden die o. g. Kontrollen durch die Wasserschutzpolizeien der Länder durchgeführt, die wegen anderer Kontrollen (z. B. Meeresumweltschutz – MARPOL) ohnehin an Bord der Schiffe erscheinen.

Anlass und Kontrolltiefe ergeben sich aus dem SOLAS/ISPS-Regelwerk i.V.m. Vorgaben des BSH und beziehen Zeugnisse, Gefahrenabwehrpläne, Umsetzung und Qualifikation des/der Beauftragten zur Gefahrenabwehr auf dem Schiff ein.

### One face to customer

Mit den Kontrollen der Wasserschutzpolizeien werden die der Sicherheit der Schifffahrt (safety and security) dienenden Bundes- und Landesvorschriften durch ein kompetentes Kontrollorgan mit geringstmöglicher Belastung für die Seeverkehrswirtschaft durchgeführt. Ein Auseinanderdividieren oder Herausbrechen einzelner Kontrollkomponenten würde eine zusätzliche Behördenvielfalt an Bord erzeugen. Weder See- noch Hafenwirtschaft hätten Verständnis für diese vermeidbare Mehrbelastung. Die Küstenländer hätten zudem als Nutznießer der Wertschöpfung in den Häfen keinen Einfluss auf den Kontrolldruck gegen-

über der Schifffahrt. Die Vereinbarungen über die Ausübung der schifffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben stellen in Verbindung mit den sonstigen Aufgaben der WSPen ein über viele Jahrzehnte bewährtes und gelungenes Beispiel für pragmatische, hochsynergetische Kooperation im föderalen System dar.

Diese findet sich insbesondere in der starken Verzahnung mit den originären polizeilichen Länderaufgaben, den Ermittlungen bei der Straftaten- und Ordnungswidrigkeiten-Verfolgung wider, da die durchgeführten Kontrollen in der Schifffahrt naturgemäß auch zur Feststellung von Unregelmäßigkeiten und Rechtsverletzungen führen.

Die Behördenzuständigkeiten unterscheiden sich auf See nicht von denen an Land. Würde das Argument der Zersplitterung wirklich ernstzunehmen sein, müsste z. B. die Polizeihöhe der Länder in Gänze an den Bund abgetreten werden, denn natürlich werden neben den allgemeinpolizeilichen Aufgaben der Landespolizei auch an Land grenzpolizeiliche Aufgaben durch die Bundespolizei wahrgenommen.

Die Notwendigkeit zur Abgabe von Landeskompetenzen ergibt sich indes vor dem Hintergrund eines Vollzugsdefizits weder an Land noch auf See.

Im Gegenteil: Gerade die Wasserschutzpolizeien sind im maritimen Vollzug gut aufgestellt, da sie die jeweiligen Aufgaben zur Sicherheit in den Häfen und vor den Küsten sowohl im jeweiligen Bundesland als auch übergreifend im ma-

ritimen Sicherheitsnetzwerk MSZ bündeln. Natürlich werden bei einem Schiffsunglück wie bei einem Flugzeugabsturz, Eisenbahnunglück oder einem größeren Verkehrsunfall Einsatzkräfte verschiedener Disziplinen (Feuerwehr, THW, Rettungsdienste pp.) benötigt, dieses hat aber nichts mit Zersplitterung zu tun. Viel tiefgreifender wären die Folgen, wenn wesentliche Verwaltungskompetenzen der Länder im Bereich des Küstenmeeres abgegeben werden würden. Diese hätten dann keine Möglichkeit mehr, um auf dem Wasser (quasi vor der eigenen Haustür) zur Gefahrenvorsorge und Gefahrenabwehr eigenständig tätig zu werden und wären gänzlich von einer Bundesbehörde abhängig.

Die Einrichtung einer Mammutbehörde generiert auch keinen fachlichen Mehrwert, würde aber zwangsläufig dazu führen, dass die bisherigen Sicherheitspartner bei Abgabe der Aufgaben ihre Einsatzmittel drastisch reduzieren würden. Im Ergebnis würden für die Alltagsorganisation und insbesondere in komplexen Schadens- und Terrorlagen weniger Einsatzboote zur Verfügung stehen.

Vielleicht ist das auch der Grund, warum es an Land keine Forderungen nach einer einzigen Behörde gibt, die Feuerwehr, Länderpolizeien, Zollverwaltung, Bundespolizei, Verkehrsbehörden, Bundesanstalt für Güterverkehr, Rettungswesen, Straßenmeistereien und wer sonst noch zuständig sein mag in einer Behörde für die Bundesrepublik Deutschland vereinigt.

*Der Fachbereichsvorstand der WS*

## SEMINARANKÜNDIGUNG „Grenzlinien und Grenzerfahrungen“

**Die GdP veranstaltet in diesem Jahr wieder ein gesellschaftspolitisches Seminar zum Thema: „Grenzlinien und Grenzerfahrungen“ – Polen und Deutschland in Geschichte und Gegenwart zwischen Austausch, Aggressionen und Annäherung – in der Zeit vom 7. bis 11. November 2011 in Frankfurt/Oder.**

Den Teilnehmern wird ein umfangreiches Programm geboten wie z. B. der Besuch bei der Stadtverwaltung Frankfurt/Oder, der gegenüberliegenden polnischen Stadt Slubica, der Bundespoli-

zei/Zoll, das Collegium Polonicum sowie eine Bahnfahrt nach Eisenhüttenstadt mit einer dortigen Stadtführung und Besichtigung der „EKO Stahl GmbH (ehemaliges DDR-Stahlkombinat).

Anmeldungen nehmen unsere Kolleginnen in der GdP-Geschäftsstelle ab sofort unter der Tel.-Nr. 28 08 96 -17 entgegen, wo ihr auch weitere Informationen zum Seminar erhaltet. Die Eigenbeteiligung beträgt pro Teilnehmer 195 € inkl. Unterkunft und Halbpension. Seminarleiter ist wieder der Kollege Peter Leiste. Die Anreise nach Frankfurt/Oder erfolgt in Fahrgemeinschaften.

*Der Landesbezirksvorstand*

Anzeige

**Notdienst der Glaserinnung Hamburg**  
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst**  
**Tel. 830 06 60**

  
Firmenungebundene  
Auftragsannahme



FACHBEREICH SENIOREN

# GdP Hamburg auch aktiv im Altenparlament!

Am 4. März 2011 trafen sich die Abgeordneten des 22. Altenparlaments 2010 mit den seniorenpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen im schleswig-holsteinischen Landtag. Für den DGB-Bezirksseniorenvorstand und somit für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nahmen der Landesseniorenvorsitzende Frank Poster, des LB Schleswig-Holstein und der Landesseniorenvorsitzende des LB Hamburg, Klaus-Peter Leiste, an der Abschlussdiskussion teil.



Klaus-Peter Leiste (r.), Vorsitzender des FB Senioren

Am 24. September 2010 hatte das Altenparlament nach einem Referat zum Thema „Wohnen im Alter – Ideen und Konzepte“ insgesamt 22 Anträge u. a. zu den Themen

- Wohnen und Pflege im Alter
- Palliativmedizin
- Situation der Hausärzte im ländlichen Bereich
- Mitbestimmung der Senioren auf kommunaler Ebene
- Alles um Barrierefreiheit
- Seniorenfreundliche Fahrkartenautomaten

verabschiedet. Ein Dringlichkeitsantrag beschäftigte sich mit der Streichung des Blindengeldes.

Klaus-Peter Leiste hatte in der abschließenden Fragestunde des Parlaments noch einmal insbesondere die positive Absicht aller Fraktionen begrüßt, die Anträge zum Thema „Wohnen im Alter – barrierefrei“ sowie seniorenfreundliche und barrierefreie Fahrkartenautomaten zu unterstützen.

Er richtete einen Appell an die seniorenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen, dass es nicht nur bei den guten Worten bleiben kann. Es müssten die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass das „barriere-

freie Wohnen“ in die Bauordnung aufgenommen wird, um so die Wohnungsbaugenossenschaften zu zwingen, Neubauwohnungen barrierefrei zu bauen

Ernüchternd waren die Stellungnahmen der Politiker, besonders die Aussagen der Regierungsfraktionen, die überwiegend die Haushaltslage für die Unrealisierbarkeit der Senioreninteressen geltend machten. Wir bleiben weiterhin am Ball und werden uns um die Belange der Senioren kümmern.

Der Landesbezirksvorstand

## HAFENRUNDFAHRT DER SENIOREN

### Leinen los!

Die Mitgliederversammlung für den Monat Mai (am 10. 5. 2011) entfällt, da an diesem Tage die angekündigte Seniorenhafenrundfahrt stattfindet. Wir freuen uns schon wieder auf viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen sowie auf interessante Gespräche an Bord der MS „Hammonia“ (Reederei Abicht).

Wer noch an der dreistündigen Fahrt (in der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr) teilnehmen möchte, hat noch die Chance

sich bis zum 5. 5. 2011 bei unserer Kollegin Christa Borr im Polizeisozialwerk (Tel.: 0 40/28 08 96-15 oder 16) oder bei unserer Kollegin Karin Hopp in der GdP-Geschäftsstelle unter der Tel.-Nr.: 0 40/28 08 96-17 anzumelden.

Die Eigenbeteiligung beträgt 12,- € pro Teilnehmer.

Die „Hammonia“ liegt an den St. Pauli Landungsbrücken, Brücke 6-9, für uns am 10. 5. zur Abfahrt bereit.

An der Hafensrundfahrt werden auch der amtierende Bundesseniorenvorsitzende, unser Landesvorsitzender, sowie ehemalige Landesvorsitzender und Geschäftsführer teilnehmen. Peter Leiste

## NACHRUF

### Gerd Adrian

Nach langer und schwerer Krankheit ist im Alter von 84 Jahren Gerd Adrian, LPD i. R. verstorben, der neben seinen vielfältigen Aufgaben in Führungsfunktionen der Hamburger Polizei auch als engagierter Kollege in der GdP in vielen Bereichen aktiv war.

Mit Gerhard Adrian ist ein Kollege von uns gegangen, dem die Hamburger Polizei – und die GdP – damit wir alle – viel zu verdanken haben!

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Der Landesbezirksvorstand



**WIR GRATULIEREN ZUM**

**70. Geburtstag**

- 3. Mai 2011 Erwin Braun
- 12. Mai 2011 Peter Rühlicke
- 26. Mai 2011 Martin Schütze
- 29. Mai 2011 Ulrich Bartikowski
- 29. Mai 2011 Rolf Riebesell
- 31. Mai 2011 Hans-Jürgen Werth

**80. Geburtstag**

- 15. Mai 2011 Heinz Harnisch
- 27. Mai 2011 Marianne Weiß

**85. Geburtstag**

- 11. Mai 2011 Harald Ahrndt
- 13. Mai 2011 Robert Engelhardt
- 31. Mai 2011 Werner Schulz

**86. Geburtstag**

- 28. Mai 2011 Erich Krause
- 29. Mai 2011 Helga Rönnfeldt

**87. Geburtstag**

- 04. Mai 2011 Hans Schlaugat
- 23. Mai 2011 Herbert Luther
- 24. Mai 2011 Maria Schmidt
- 28. Mai 2011 Friedrich Kaiser

**88. Geburtstag**

- 9. Mai 2011 Waltraud Kipp

**89. Geburtstag**

- 7. Mai 2011 Annemarie Paulmann
- 12. Mai 2011 Friedrich-Wilhelm Fach
- 24. Mai 2011 Gertrud Hettling
- 25. Mai 2011 Karl-Hermann Tennert

**90. Geburtstag**

- 8. Mai 2011 Heinz Geisler
- 13. Mai 2011 Roberto Courvoisier
- 17. Mai 2011 Ernst Premke
- 20. Mai 2011 Käthe Gneist
- 25. Mai 2011 Erich Kosche

**91. Geburtstag**

- 7. Mai 2011 Johanna Schütte
- 17. Mai 2011 Elsbeth Morlok
- 29. Mai 2011 Hermann Schulz

**92. Geburtstag**

- 30. Mai 2011 Herta Simoneit

**94. Geburtstag**

- 4. Mai 2011 Walter Döring

**98. Geburtstag**

- 10. Mai 2011 Herma Herrmann

**wohlverdienten Ruhestand**

- 31. Mai 2011  
Hans-Joachim Tornier PHM PK 332.1
- Maren Schultz Ang.'e LBVMZ 21
- Peter Ernst PHK LBP 201

**Berichtigung**

Verlängerung für ein Jahr für die Kollegin KHK'in, LKA 533, Gundula Thiele-Heckel zum 30. April 2012

**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: 0 40/28 08 96-17**

**STERBEFÄLLE**

- |  |   |
|--|---|
| 3. Februar 2011<br>Erwin Lorenz PHW i. R. (83)   | 20. März 2011<br>Dora Lobschat Witwe (96)           |
| 2. März 2011<br>Reinhold Fritz PHK i. R. (69)    | 22. Februar 2011<br>Karl-Heinz Reime PHM i. R. (83) |
| 3. März 2011<br>Rudolf Eggerstedt PHM i. R. (83) | 23. März 2011<br>Werner Cohrs POK i. R. (89)        |
| 4. März 2011<br>Erich Rauch PHM i. R. (96)       | 23. März 2011<br>Erna Hinz Ang. i. R. (100)         |
| 7. März 2011<br>Kurt Kautzsch PHM i. R. (90)     | 24. März 2011<br>Emil Hesse KOK i. R. (92)          |
| 8. März 2011<br>Adolf Eiben PHM i. R. (97)       | 29. März 2011<br>Rudolf Schunter POK i. R. (71)     |
| 10. März 2011<br>Werner Kairat KHK i. R. (86)    | 31. März 2011<br>Hans Steffens PHM i. R. (66)       |
| 17. März 2011<br>Wilhelm Jansen PHM i. R. (75)   | 1. April 2011<br>Axel Ramm PHM i. R. (74)           |
|  | Karsten Schiemenz POK i. R. (69)                    |

*Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.*

Anzeige



**Ich bin ein Vorsorger!**

Ich geh' gern auf Nummer sicher - auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.

